

Quelle: Vaterland-Ausgabe 17. Aug. 2010

Transparente Spitalpolitik gefordert



VU-Landtagsabgeordnete wollen von der Regierung mehr über die Zukunft des Landesspitals wissen. Bilder Archiv

Ein Neubau des Landesspitals ist seit mehreren Monaten im Gespräch. Drei VU-Abgeordnete wollen wissen, wie es um dieses Projekt wirklich steht und fordern von der Regierung eine Gesamtstrategie zur Spitalpolitik. Gestern haben sie ein Postulat eingereicht.

Von Janine Köpfli

Vaduz. – Im Gesundheitswesen tut sich einiges. Vor allem im Bereich der Spitalversorgung in Liechtensteins benachbarten Ländern sind Veränderungen im Gange. Beispielsweise sind sowohl in Grabs als auch in Feldkirch, Chur und St. Gallen Spitalneubauten geplant. Sollten diese tatsächlich realisiert werden, würde dies das Angebot an Spitalleistungen vergrössern und die Kapazitäten erhöhen, was Auswirkungen auf Liechtenstein hätte. Weil seit einigen Monaten auch immer wieder von einem Spitalneubau in Liechtenstein die Rede ist, wollen die Landtagsabgeordneten Diana Hilti, Jürgen Beck und Harry Quaderer von der Regierung erfahren, welche Strategie in Sachen Spitalpolitik hierzulande verfolgt wird. Sie reichten gestern ein Postulat mit zwölf Aufträgen für die Regierung ein und hoffen, dass dieses auch von anderen Landtagsabgeordneten unterstützt wird.

Bedarfsabklärung als Grundlage

Es sei wichtig, dass der Landtag als Volksvertretung und Inhaber der Finanzhoheit möglichst früh und umfassend über die Regierungspläne informiert werde, schreiben die Postulanten in ihrer Begründung. Der Landtag müsste über einen Neubau entscheiden und die nötigen Gelder sprechen. «Aufgrund der Kleinheit und regionalen Einbettung unseres Landes ist es zentral, dass wir eine transparente Spitalpolitik haben bzw. festlegen, welche regional abgestützt und koordiniert wird.» Ziel sollte ihrer Meinung nach sein, das Angebot im Inland mit den Spitalangeboten im benachbarten Ausland abzustimmen, um Konkurrenzsituationen zu vermeiden. Aus diesem Grund sei es beispielsweise sinnvoll, abzuklären, wie eine Spitalkooperation mit dem Kanton St. Gallen aussehen könnte. Eine Kooperation, die gemäss den VU-Abgeordneten für beide Seiten hinsichtlich Qualität, medizinischer Versorgung und Kosten zu einem optimalen Ergebnis führen könnte, «sodass das Landesspital seinen Auftrag innerhalb der Region erfüllen kann». Diana Hilti, Jürgen Beck und Harry Quaderer fordern in ihrem Postulat die Regierung auf, dass sie gemeinsam mit der Kantonsregierung St. Gallen eine Studie für eine grenzüberschreitende Spitalkooperation in Auftrag gibt.

Nur wenn eine entsprechende Grundlage vorliege, könne die Spitalpolitik einen Schritt weiterkommen. Diese Grundlage beinhalte, dass der Bedarf abgeklärt werden muss, um Leistungsaufträge der Spitäler in der Region darauf abstimmen zu können, damit das

«bestmögliche Resultat sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für den Staat erreicht werden kann».

Ist ein Akutspital sinnvoll?

In insgesamt zwölf Punkten fordern die Abgeordneten die Regierung auf, vor allem Informationen über die Zukunft des Landesspitals offenzulegen. Beispielsweise sollen Studien, die in den vergangenen fünf Jahren zur Spitalpolitik in Auftrag gegeben wurden, dem Landtag zugänglich gemacht werden. Auch soll die Regierung erklären, wie diese Studien in die bisherige Spitalpolitik eingeflossen sind. Im Postulat erwähnt sind auch der Leistungsauftrag und die Eignerstrategie des Landesspitals und ob geplant ist, diese zu überarbeiten. Die Regierung soll aufzeigen, ob es sinnvoll ist, das Landesspital als Akutspital mit einem 24-Stunden-Notfalldienst zu betreiben und wie sich die MRI- und CT-Untersuchungen entwickelten. Ebenfalls erwähnt sind Spitalfinanzierung und Modelle der Voll- oder Teilprivatisierung. Die Abgeordneten wollen von der Regierung Auskunft über die Strategie bezüglich der Vertragsspitäler und Informationen zur zukünftigen Positionierung des Landesspitals. Die Regierung soll auch sagen, was sie unternimmt, um sicherzustellen, dass in Zukunft wieder vermehrt Allgemeinmediziner in Liechtenstein tätig werden. Das Postulat soll in der nächsten Landt